



Nr. 108/S. 1181 Bonn, den 14. Juli 1971

Bulletin

Eine Politik für den Menschen – Phrase oder Programm?

Rede des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Willy Brandt hielt am 13. Juli 1971
vor dem Politischen Club der Evangelischen
Akademie Tutzing folgende Rede:

I.

Wer versichert, es gehe ihm in der Politik um den Menschen – und nur um den Menschen –, der wird sich einige Skepsis gefallen lassen müssen. Allzuvielen in Ost und West brauchen solche Floskeln als Öl zum Salat, ohne daß sich dadurch an der Qualität des Salats Wesentliches ändert.

Damit stehen wir bereits vor der Frage, was denn für den Menschen gut sei und wer darüber entscheidet. Es gibt Ideologien, die dies so genau zu wissen meinen, daß ihre Träger sich berechtigt fühlen, die Menschen zu einem Glück zu zwingen, das andere für sie ausgedacht haben. Hier liegt die Wurzel der totalitären Systeme, soweit sie nicht schon im Ansatz inhuman oder zynisch angelegt waren.

Demokratie lebt von der Überzeugung, daß die freie Diskussion die beste Chance bietet, herauszufinden, was für die Menschen einer bestimmten Gesellschaft gut ist – keine narrensichere, aber doch die beste Chance.

Man mag einwenden, dies sei eine optimistische Prämisse. Hier sei übersehen, was Marx – als Erbe der Philosophie des Deutschen Idealismus – mit dem Wort Entfremdung bezeichnet hat. Oder was, schärfer ansetzend, die christliche und insbesondere die lutherische Theologie mit dem Begriff der Erbsünde meint.

Ich kann aus meiner politischen Sicht und Erfahrung nur antworten: Ohne diese Prämisse gibt es keine Demokratie, auch wenn sich dagegen ebenso viel einwenden läßt wie gegen die Demokratie selbst. Demokratie, wie wir sie verstehen, geht nicht aus von himmelblauem anthropologischem Optimismus. Und ich möchte hinzufügen: Eine Gesellschaft, deren Struktur den Menschen voll zu dem macht oder werden läßt, wozu er sich angelegt glaubt, hat es noch nicht gegeben und wird es wohl auch nicht geben. Aber ganz sicher gibt es gesellschaftliche Strukturen, die ihn näher zu sich selbst zu bringen vermögen. Es gibt andere, die ihn weiter von dem entfremden, was er

als positive Möglichkeit gesehen oder geahnt hat. Und ebenso sicher scheint es mir zu sein, daß jeder Versuch, Menschen durch Zwang zurechtzubiegen, sie entweder zerbricht oder erst recht verbiegt.

Wenn es also darum geht, festzustellen, was für die Menschen dieses Landes gut sei, so werden wir uns darauf verlassen müssen, daß die freie Diskussion zwar zu keinem perfekten, wohl aber zu brauchbaren Ergebnissen führt. Auch auf die Gefahr hin, daß die Ergebnisse manchmal reichlich spät kommen. Natürlich bleibt ein Risiko, natürlich gibt es theoretisch immer bessere Lösungen. Daß der einzelne dabei das Recht hat, andere von seinen Einsichten zu überzeugen, versteht sich von selbst. Eine Regierung hat hierzu gelegentlich nicht nur das Recht, sondern die Pflicht. Sie hat besonders die Pflicht, durch Bildung und Information den einzelnen Menschen zu befähigen, seine wirklichen Bedürfnisse deutlicher zu erkennen.

Vorerst werden wir ohne Rechthaberei zur Kenntnis nehmen müssen, daß die meisten Menschen in unserem Land, wenn sich das reale Pro-Kopf-Einkommen erhöht, nicht ohne weiteres das Gefühl haben, es gehe ihnen besser. Das mag u. a. damit zu tun haben, daß Preissteigerungen stärker empfunden werden als Lohn- und Gehaltserhöhungen. Auch wenn letztere, wie im Jahre 1970, die ersteren um das Doppelte übersteigen. Menschen neigen wohl immer dazu, Verschlechterungen stärker zu empfinden als Verbesserungen. So hat zum Beispiel die Aufhebung des

Inhalt

- 1181 Eine Politik für den Menschen – Phrase oder Programm?
- 1187 Die Zukunft Europas
- 1189 Zur Neugestaltung des Ehe- und Familienrechts
- 1190 Zum Städtebauförderungsgesetz
- 1194 Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellnovelle)
- 1195 Novelle zum Filmförderungsgesetz
- 1195 Zum Hochschulstatistikgesetz

Krankenkassenbeitrags der Rentner im vorigen Jahr wesentlich weniger Gefühle freigesetzt als die Einführung drei Jahre zuvor.

Aber zusätzliche Konsumkraft wird in einer modernen Industriegesellschaft ja auch zunehmend dadurch neutralisiert, daß der zusätzliche Konsum des einen das Leben des anderen nicht leichter macht. Der Wettlauf zwischen Motorisierung und Straßenbau ist hierfür ein Beispiel. Das Mißverhältnis zwischen Umweltgefährdung und Umweltschutz ist ein anderes. Standard of living und Quality of life sind eben nicht dasselbe.

II.

Die Bedürfnisse der Menschen sind zu vielgestaltig, als daß Regierungen sie je erfassen oder gar befriedigen könnten. Und das ist gut so. Jeder Mensch hat andere Bedürfnisse, und diese Bedürfnisse werden sich, je mehr die Freizeit zunimmt, weiter aufzähnen. In einer freiheitlich verfaßten Gesellschaft und Wirtschaft werden sich immer Wege finden, viele dieser Bedürfnisse aus eigener Initiative des einzelnen oder der vielgestaltigen gesellschaftlichen Kräfte zu befriedigen. Sache des Staates kann es insoweit nur sein, Raum zur Entfaltung solcher Initiativen zu schaffen und sie da zu fördern, wo die eigene Kraft beim besten Willen nicht ausreicht.

Es gibt bestimmte Grundbedürfnisse, deren Sicherung von der Politik unmittelbar gefordert wird. Dies gilt zuerst für Nahrung, Kleidung und Wohnung. Die Zeiten liegen hinter uns, in denen Millionen Frauen in unserem Lande nicht schlafen konnten, weil sie nicht wußten, was sie ihren Kindern am nächsten Tag zu essen geben und wie sie sie kleiden sollten.

Anders liegt es bei der Versorgung mit Wohnraum. In unserem Lande leben noch immer viele Familien und viele Alleinstehende in Unterkünften, die weit entfernt sind von dem, was wir heute unter einer menschenwürdigen Wohnung verstehen. Die letzte umfassende Wohnungszählung brachte erschreckende Zahlen: Rund 800 000 Familien und Haushalte lebten in Baracken, Hütten oder sonstigen Notunterkünften. Eine Million Wohnungen ist abbruchreif oder sanierungsbedürftig.

Deshalb haben wir ein mehrjähriges Wohnungsbauprogramm. Es sieht den Bau von 200 000 bis 250 000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr vor.

Dem Ausbau unserer Städte und Gemeinden und dem Bau von Wohnungen stehen Hindernisse entgegen, die wir mit den verfügbaren gesetzlichen und finanziellen Mitteln nicht beseitigen können. Das ist den meisten von uns in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. Grund und Boden lassen sich eben nicht beliebig beschaffen und vermehren. Trotzdem kann es meiner Meinung nach nicht darum gehen, die Eigentumsordnung auf den Kopf zu stellen. Wir müssen es aber endlich ernster nehmen mit der Sozialbindung des Eigentums, die im Grundgesetz verankert ist.

Das in den letzten Jahren mehrfach gescheiterte und in diesen Wochen noch einmal heftig umstrittene Städtebauförderungsgesetz bedeutet einen Schritt in diese Richtung. Es öffnet die Möglichkeit, Städte zu sanieren, zu entwickeln, ihre Infrastruktur zu ver-

bessern. Dennoch darf man sich über die Auswirkungen dieses Gesetzes keine Illusionen machen. An den ständig steigenden Baulandpreisen außerhalb von Sanierungs- und Entwicklungsgebieten ändert es noch nichts. Wir werden zusätzliche Wege finden müssen, um den Bodenmarkt zu mobilisieren und Bodenspekulationen einzudämmen.

Bis die Wohnungsnot beseitigt ist und eine Kündigung ihren Schrecken für den wirtschaftlich schwachen Mieter verliert, wird es noch Jahre dauern. Deshalb werden wir den Kündigungsschutz verbessern. Wir werden die Strafbestimmungen gegen Mietwucher verschärfen und die Stellung der Wohnungssuchenden gegenüber den Maklern verbessern.

Die Bundesregierung hat hierzu im vorigen Jahr einen Gesetzentwurf eingebracht, der hoffentlich bald verabschiedet werden kann.

III.

Zu den Grundbedürfnissen der Menschen gehört die Gesundheit. Es gibt kein Recht auf Gesundheit in dem Sinne, wie es ein Recht auf Wohnung gibt. Krankheit wird immer zum Menschen gehören. Aber jeder muß die Chance haben, Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen. Dies bekommt zusätzliches Gewicht in einer Gesellschaft, in der die Menschen zwar älter, aber nicht gesünder werden.

Viele haben noch nicht wahrgenommen, daß bei uns seit dem 1. Juli 1971 ein neues Schutzvorhaben verwirklicht wird. Ich meine die kostenlosen Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten für die Mitglieder der sozialen Krankenversicherung und deren Familienangehörigen. Ich erinnere auch daran, daß wir im vorigen Jahr alle Angestellten in die Krankenversicherung einbezogen haben. Ich erwähne die Verbesserung des Lebensmittelrechts und die Auseinandersetzung mit den Rauschmittelgefahren, die uns noch viel abverlangen wird.

Außerdem liegt der Entwurf eines Krankenhausfinanzierungsgesetzes vor. Seine Zielsetzung ist klar: Es soll dazu beitragen, daß jeder Kranke, der stationär behandelt werden muß, rasch ein Bett findet, und zwar in einem leistungsfähigen und nahegelegenen Krankenhaus. Die eigentliche Schwierigkeit liegt darin, daß die finanzielle Decke nicht reicht. Das Mißtrauen einiger der freien Träger, besonders der kirchlichen, ist mir weniger verständlich. Ich möchte dazu unterstreichen, was der zuständige Bundesminister, Frau Käthe Strobel, bei der Einbringung des Gesetzes im Bundestag gesagt hat: „Wir haben nicht das geringste Interesse daran, die Eigenverantwortlichkeit der Krankenhausträger einzuschränken.“

Wer physische und psychische Gesundheit erhalten will, muß die Umwelt schützen. Wir werden heute daran erinnert, daß unsere Vorfahren einiges verstanden hatten, als sie Erde, Wasser und Luft zu den vier Elementen rechneten. Das mag primitive Chemie gewesen sein, aber es war gute Anthropologie.

Dem, was der Herr Bundespräsident kürzlich in Köln gesagt hat, will ich hier nur wenige Worte hinzufügen: Ich habe vor mehr als zehn Jahren zum Kampf gegen die Umweltgefahren aufgerufen und verstehe nur zu gut die Ungeduld derer, die auf spürbare Ergebnisse warten. Eines sollte man aber nicht übersehen: Als

diese Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, fand sie noch nicht einmal eine Konzeption für Umweltschutz vor. Wir mußten deshalb zunächst anstreben, daß der Bund die notwendige Zuständigkeit erhält. Dazu braucht er die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für Wasserhaushalt, Reinhaltung der Luft, Lärmbekämpfung, Naturschutz und Landschaftspflege und – zumindest nach Auffassung des Bundesrates – auch für die Abfallbeseitigung.

Den Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes haben wir inzwischen vorgelegt. Durch ein Sofortprogramm haben wir Ende September 1970 vordringliche Maßnahmen eingeleitet. Die Forschung auf den Gebieten des Umweltschutzes wurde intensiviert. Es wurden ein Gesetz zur Abfallbeseitigung eingebracht und ein weiteres Gesetz, das die Luftverunreinigung durch Kraftfahrzeugabgase verringern soll. Ein umfassendes Programm wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr vorlegen.

Der Herr Bundespräsident hat sich dafür ausgesprochen, daß bei der Finanzierung des Umweltschutzes grundsätzlich vom Verursachungsprinzip auszugehen ist. Auch meiner Meinung nach hat im Prinzip jeder für den Schaden aufzukommen, den er anrichtet. Es werden auch kaum jemals soviel staatliche Mittel bereitstehen, daß ohne die Anwendung dieses Prinzips umfassender Umweltschutz möglich wird. Der Preis einer Ware wird schließlich nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die mittelbaren Produktionskosten enthalten müssen. Allerdings werden wir uns um weithin europäische Regelungen zu bemühen haben.

Ich habe genau verfolgt, was der Deutsche Städtetag in München an Warnungen und Forderungen vorzubringen hatte. Dies gilt vor allem für die Verkehrsprobleme. Sie handeln von der Gesundheit im direkten und im übertragenen Sinne des Wortes. Hier bahnt sich notwendig ein Umdenken an. Unsere Städte haben nur eine Zukunft, wenn sie die Verkehrsmittel an die Stadt anpassen können, nicht die Stadt an die Verkehrsmittel anpassen müssen.

Natürlich ist der Pkw in der für uns überschaubaren Zeit nicht mehr wegzudenken. Aber der Individualverkehr stößt an Grenzen, wo er sich selbst blockiert. In den Ballungsräumen werden die Massenverkehrsmittel – und deren Finanzierung! – erhöhte Bedeutung erlangen. Im übrigen steht nirgendwo geschrieben, daß ein Volk von Autofahrern im Schrittempo glücklicher sein müßte, als Menschen, die mit der U-Bahn zur Arbeit fahren und am Wochenende wandern.

IV.

Zu den Grundtatsachen menschlicher Existenz gehören die Beziehungen zwischen Mann und Frau. Viele von uns haben mit großem Interesse verfolgt, wie die Diskussion darüber in den letzten Jahren in den Kirchen verlaufen ist.

Erotik ist – man darf wohl sagen: wieder – erkannt worden als ein Bereich eigenen Wertes. Der Mensch ist ja nicht abstrakt geschaffen, sondern konkret als Mann und als Frau. Und das Verhältnis zwischen beiden läßt sich weder reduzieren auf den Vorgang der Fortpflanzung noch isolieren von den anderen Be-

zügen des Daseins. Ich verstehe und teile die Sorgen gegenüber einer Sexualisierung unseres Lebens, wenn damit das Propagieren und Dominieren eines triebhaften Verhaltens losgelöst von menschlicher Beziehung gemeint ist. Ich verstehe und teile die Auffassung, daß auch in diesem Zusammenhang der Mensch nicht auseinanderzudividieren ist in einen geistig-menschlichen und einem animalisch-triebhaften Bereich, daß also das Verhältnis zwischen Mann und Frau integriert sein muß in den Bereich menschlicher Beziehung und Verantwortung.

Staat und Kirche stehen hier vor unterschiedlichen Aufgaben. Auch ich sehe in Ehe und Familie die adäquate Form der Beziehung zwischen den Geschlechtern und den Generationen. Aber wo Ehe ist, was sie sein soll, ist der Träger politischer Verantwortung weniger gefordert als da, wo sie offenkundig nicht mehr ist, was sie einmal sein wollte. Deshalb geht der Entwurf meiner Regierung für ein neues Familienrecht vom Zerrüttungsprinzip aus. Daß wir dabei Anregungen aus der EKD-Denkschrift zu Fragen der Sexualethik aufgenommen haben, will ich hier gerne zugeben. Wenn Ehe der adäquate Versuch humaner Erotik ist, dann muß, wo dieser Versuch mißlingt, eine Form der Trennung gefunden werden, die weder die Ehe noch den Menschen entwürdigt.

Sie erwarten von mir vermutlich auch ein Wort zu jenem Paragraphen des Strafgesetzbuches, der jetzt wieder so stark in die Diskussion gekommen ist. Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, als sähen die einen in einer möglichst großen Zahl von legalen Abtreibungen einen Fortschritt der Gesellschaft und als gehe es den anderen nur um die Aufrechterhaltung einer staatlichen Strafordrohung, unabhängig davon, was tatsächlich geschieht. Beide Positionen sind meiner Meinung nach nicht haltbar.

Wir sollten uns erst einmal darüber einig werden, daß Abtreibung etwas ist, was Menschen bedrückt und gefährdet, und was meist aus Not geschieht. Und daß eine Gesellschaft humaner wird, wenn weniger Abtreibungen geschehen. Zumal in einer Zeit, wo die Möglichkeiten der Empfängnisverhütung vielfältiger sind als jemals in der Geschichte. Vielleicht können durch eine bessere Mütterberatung, durch eine wirkliche Gleichstellung des unehelichen Kindes und durch ein besseres Adoptionsrecht einige der vielen Ursachen reduziert werden, die zu Abtreibungen führen.

Aber dann bleibt immer noch die Frage übrig, was da geschehen soll, wo das Austragen und Gebären eines Kindes noch schwierigere Fragen aufwirft als der frühzeitige Abbruch einer Schwangerschaft. Darüber sollte in unserer Gesellschaft gesprochen werden können, auch unter Berücksichtigung der Lage in anderen europäischen Ländern, ohne daß gleich wieder die Grabenkriege der Vergangenheit aufflammen. Der Rat der EKD hat eine für viele hilfreiche Feststellung getroffen, als er einerseits einer ersatzlosen Streichung des Paragraphen 218 widersprach und andererseits darauf hinwies, daß bei einer strafrechtlichen Neuregelung eine Fülle von schwerwiegenden und vielfältigen Konfliktsituationen durchdacht werden müßten.

Noch ein Wort zum viel strapazierten Thema Pornographie: Daß sie auf eine Form der Sexualität zielt,

die den meisten von uns zuwider ist – eben weil der humane Aspekt meist völlig fehlt –, brauchen wir uns nicht gegenseitig zu versichern. Für den Gesetzgeber geht es aber nicht darum, was er gerne haben möchte und was nicht. Sondern für ihn geht es darum, wie er mit Tatbeständen fertig wird, die er sich nicht ausgesucht hat. Wenn wir meinen, daß erwachsene Menschen selbst entscheiden können, ob sie mit Pornographie etwas zu tun haben wollen oder nicht, dann hat das mit Billigung nichts zu tun, wohl aber mit der Frage nach der Zuständigkeit und der Reichweite des Strafgesetzes. Und wenn wir verhindern wollen, daß diejenigen mit Pornographie konfrontiert werden, die sie nicht wollen oder die noch zu jung sind, damit fertig zu werden, dann hat das mit dem Prinzip der Zumutbarkeit sehr viel zu tun.

Persönlich glaube ich nicht, daß am Ende des Prozesses, dessen Zeugen wir auf diesem Gebiet sind, die Auflösung aller Bindungen und die allgemeine Promiskuität stehen wird. Ich glaube vielmehr, daß, wenn alle jene Weilen verebbt sind, die heute manchen erschrecken oder auch anwidern, eine weniger verkrampfte, aber deshalb nicht weniger humane Erotik übrigbleiben wird. Daß die Beziehungen zwischen zwei Menschen nicht flacher, sondern intensiver sein werden. Vielleicht sollten wir mehr darüber nachdenken, was geschehen und beeinflußt werden kann, damit dies übrigbleibt.

V.

Zu den elementaren menschlichen Antriebskräften gehört sicher das Bedürfnis nach Sicherheit. Das beginnt heute für viele bei der sozialen Sicherheit. Die Zeiten, in denen soziale Sicherheit gegen individuelle Freiheit ausgespielt werden konnte, gehen jedenfalls zu Ende. Für die meisten unserer Bürger ist soziale Sicherheit kein Hemmnis, sondern eine Voraussetzung für einen größeren Entscheidungsspielraum.

Die neuen Regelungen für die Krankenversicherung der Angestellten haben deren individuellen Entscheidungsspielraum vergrößert. Dies ist auch der Fall, wenn die Rentenversicherung nach und nach für Gruppen der Selbständigen geöffnet wird. Und es wird nicht minder der Fall sein, wenn das Konzept einer flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung schrittweise realisiert werden kann. Das heißt, daß der Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten wird, in Grenzen selbst bestimmen zu können, ob er sich früher oder später als mit 65 Jahren zur Ruhe setzt.

Übersehen wir in diesem Zusammenhang bitte nicht: In unserem Land leben inzwischen zwei Millionen ausländische Arbeitnehmer. Ich habe mich zu den dadurch entstandenen Problemen und neuen Pflichten in Köln bei der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit geäußert. Die millionenfache Migration in Europa macht eine soziale Frage deutlich, die nur der übersehen kann, für den die europäische Einigung nicht mehr als ein merkantiles Ereignis ist. Wir werden über kurz oder lang zu einer europäischen Raumordnungspolitik kommen müssen, die die Industrialisierung in Südeuropa verstärkt, eine weitere Verdichtung der bisherigen Ballungszonen vermeidet und für viele unserer ausländischen Arbeitnehmer Arbeitsplätze in ihrer Heimat schafft. Aber es ist sicher, daß genügend

zu tun bleibt, um die Gefahren abzuwenden, die mit dem Entstehen eines Leihproletariats verbunden sind.

Ich weiß, daß manche unserer Mitbürger sich Sorgen um die innere Sicherheit machen. Diese Sorge darf nicht überhört werden. Sonst wird der Ruf nach „Law and order“ mißbraucht.

Im übrigen unterscheidet sich die Bundesrepublik von der Weimarer Republik unter anderem auch dadurch, daß politische Gewalttaten seltener geworden sind. Das hängt wohl damit zusammen, daß die demokratischen Parteien sich weithin bemüht haben, jene Grenze einzuhalten, die zwischen der notwendigen Auseinandersetzung und der Verteufelung verläuft. In letzter Zeit habe ich manchmal die Sorge, daß diese Grenze nicht mehr überall respektiert wird. Und ich hoffe, daß der Appell, der von der Spandauer Synode der EKD ausging, überall gehört wird. Die Mahnung nämlich, einer nationalistischen Hetze zu widerstehen und politische Auseinandersetzungen nicht die Form eines kalten Bürgerkrieges annehmen zu lassen.

Mit der Unruhe eines Teils der Jugend werden wir leben müssen. Wir wie die meisten vergleichbaren Staaten. Ich bin nicht dafür, daß man der Jugend nach dem Munde redet. Ich bin nicht dafür, daß man demokratie-feindliche Gruppen streichelt. Aber ich meine doch, daß wir uns anstrengen müssen, auch die ungewohnten und unbequemen Strömungen in der jungen Generation zu begreifen. Das geistige und politische Klima scheint dies heute nicht mehr ganz so schwer zu machen wie Ende der sechziger Jahre.

VI.

Was unsere äußere Sicherheit angeht, so sind die meisten in unserem Lande heute weniger beunruhigt als in den fünfziger Jahren. Sie sehen ein, daß zur äußeren Sicherheit weiterhin eine militärische Anstrengung unerlässlich ist. Aber sie wissen auch, daß größere Sicherheit nur politisch zu erreichen ist.

Meine Regierung hat sich vorgenommen, gemeinsam mit anderen den Frieden in Europa sicher zu machen. Wenn es jenseits des Friedens für unser Volk keine Existenz mehr gibt, dann bekommt die Erhaltung des Friedens einen anderen Stellenwert als vor hundert oder auch vor fünfzig Jahren. Dann muß auch die Definition nationaler Interessen und der Sicherung des Friedens anders gesehen werden als vor hundert oder fünfzig Jahren. Es gibt dann kein vitaleres nationales Interesse als die Sicherung des Friedens.

Dies bedeutet nicht, daß es andere Interessen nicht gäbe. Aber mir will scheinen, daß Forderungen, die sich lediglich aus Rechtstiteln der Vergangenheit herleiten, dem Ausgleich, der Verständigung, dem Frieden in Europa nicht im Wege stehen dürfen. Unsere Kinder werden uns nicht daran messen, wieviel juristischen Scharfsinn wir auf die Verteidigung der von Hitler zerstörten Grenzen, sondern wieviel Energie wir an die Organisation des Friedens für die siebziger und achtziger Jahre verwendet haben.

Daß diese Organisation des Friedens – innerhalb des Westens und im Ost-West-Verhältnis – ein mühsames Geschäft sein würde, haben wir gewußt. Daß die Chancen des Erfolges größer sind als die des Scheiterns, wage ich Ihnen heute zu sagen. Und wenn

wir zum Erfolg kommen, wollen wir nicht rechten, was Ursache, was Wirkung war, wie hoch unser Beitrag zu veranschlagen sei. Wir wollen dann nur feststellen, daß der Beitrag, den wir geleistet haben, nicht nur dem Willen der Menschen in unserem Lande entsprach, die meiner Regierung ihre Stimme gaben.

Es gibt heute größere Chancen als jemals seit dem Zweiten Weltkrieg, zu ernststen Verhandlungen über eine ausgewogene Reduzierung der Streitkräfte in Europa zu kommen. Eine solche Verminderung, die sicher nicht schon von heute auf morgen zu erreichen ist, könnte nicht nur in Europa, sondern auch in der Dritten Welt die Chancen einer friedlichen Entfaltung erhöhen. Entspannung zwischen Ost und West muß auch Energien dafür freisetzen, weite Teile der Dritten Welt aus jenem Zirkel herauszuführen, wo aus dem Elend ein abnormes Bevölkerungswachstum und aus diesem Bevölkerungswachstum neues Elend entsteht. Der Friede auf diesem kleingewordenen Globus hängt auch davon ab, daß Hunderte von Millionen unterernährter, unterbeschäftigter Analphabeten die Chance bekommen, anderes hervorzubringen als noch mehr unterernährte, unterbeschäftigte oder gar arbeitslose Analphabeten. Deshalb hat meine Regierung der Entwicklungspolitik einen hohen Rang eingeräumt und im Februar dieses Jahres unter der Federführung von Erhard Eppler ein modernes Konzept verabschiedet, das international starke Beachtung gefunden hat.

VII.

Die Menschen haben heute mehr als zuvor das Bedürfnis, nicht Objekt, sondern Subjekt wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse zu sein. Sie wollen mitwirken, gehört werden, mitbestimmen. Daß dadurch das Leben für einige Mitbürger in leitenden Funktionen nicht einfacher wird, ist kein Einwand gegen mehr Demokratisierung. Schließlich ist der Terminkalender eines Bundeskanzlers auch kein Einwand gegen die Demokratie.

Wir haben den Entwurf eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt und werden auch eine Novelle zum Personalvertretungsgesetz dem Parlament zuleiten. Der Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes gehört auch in diesen Zusammenhang. Die Thematik der Mitbestimmung wird uns in den kommenden Jahren noch stark in Anspruch nehmen.

Es ist im übrigen richtig, daß durch Wirtschaftswachstum materielle Bedürfnisse besser als durch jede Umverteilung befriedigt werden können. Aber es ist auch sicher, daß sich soziale Probleme dadurch nicht von selbst erledigen. Dies lehrt ein Blick auf die USA, auch auf unsere eigene Gesellschaft. Daß wir heute besonders revolutionäre Parolen von jungen Menschen hören, die kaum materielle Sorgen kennen, läßt sich nicht einfach mit dem Hinweis auf Undankbarkeit oder Langeweile abtun. Es zeigt sich darin in manchen Fällen auch, daß der Mensch sich eben nicht auf materielle Bedürfnisse reduzieren läßt. Daß er nicht vom Brot allein lebt.

Es ist wohl doch so, daß gerade da, wo die Grundbedürfnisse gedeckt sind, die Frage nach der Gerechtigkeit oder der richtigen Form menschlichen Zusammenlebens sich neu stellt. Gerechtigkeit ist keine Frage der Quantitäten. Und menschliches Zu-

sammenleben reguliert sich nicht schon durch Wachstumsraten. Oder, wie es der Papst kürzlich in der Schrift „Octogesima Adveniens“ ausdrückte: „Die Qualität und die Aufrichtigkeit der menschlichen Beziehungen, der Grad der Beteiligung und Verantwortung sind nicht weniger bedeutend und wichtig für die Zukunft der Gesellschaft als die Menge und Vielfalt der Produktions- und Verbrauchsgüter.“

Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit wird, gerade weil es nicht nur materieller Art ist, an Gewicht gewinnen. Dabei wird der Politiker wohl formulieren müssen: das Streben nach mehr Gerechtigkeit, denn die absolute wird es nie geben. Aber um Chancengleichheit und damit mehr Gerechtigkeit geht es ja bei der Bildungsreform ebenso wie bei der Steuerreform.

Wenn wir z. B. einen großen Wert legen auf die Vorschul- und Vorkindergartenbildung, so nicht einfach, weil damit das sogenannte Begabungspotential besser ausgeschöpft werden kann. Sondern auch, weil durch eine Vorschul- und Vorkindergartenbildung nach modernen pädagogischen Erkenntnissen mehr Chancengleichheit erreicht werden kann.

Wenn wir bei der Steuerreform zum Beispiel die Erbschaftsteuer für Großvermögen anheben wollen, so nicht, weil wir meinen, damit könnten die Länder den Schulhausbau finanzieren. Sondern weil nicht einzusehen ist, warum der Fiskus vom Lohn eines Arbeiters prozentual mehr Steuern erheben soll als von der Erbschaft eines Multimillionärs. Und wenn wir den Kinderfreibetrag abschaffen wollen zugunsten eines einheitlichen Kindergeldes, so deshalb, weil nicht einzusehen ist, warum jemand um so mehr staatliche Förderung für seine Kinder braucht, je mehr er verdient.

Das 624-Mark-Gesetz ist ein Erfolg geworden. Millionen von Arbeitnehmern haben begonnen, an dieser Form der Sparförderung teilzunehmen. Nun werden wir zusammen mit den Gesetzen zur Steuerreform ein neues Gesetz zur Vermögensbildung vorlegen. Man mag einwenden, vier Milliarden DM, zusätzlich von der Wirtschaft aufgebracht für Vermögensbildung, führten noch nicht zu einer gerechten Vermögensverteilung. Sicher aber doch zu einer gerechteren. Und darauf kommt es an.

VIII.

Wenn ich nun noch von der Hoffnung spreche, so ist mir bewußt, wie schwer diese Antriebskraft zu fassen, aber wie wirksam sie doch ist. Ich weiß, welche Bedeutung dieser Begriff auch in der modernen Theologie bekommen hat.

Ganze Generationen der Arbeiterbewegung haben von der Hoffnung gelebt. Und auch heute gibt es Länder, wo Hoffnung die einzige Kraft ist, die das Leben erträglich macht. Ich glaube nicht, daß ein Politiker das Recht hat, Menschen auf eine ferne Zukunft zu verfrachten, wenn er nach den Zuständen hier und heute gefragt ist. Aber er kann auch nicht auf die Gegenwart verweisen, wenn er nach der Zukunft gefragt ist.

Es scheint, als bewege viele gerade der jüngeren Menschen im Blick auf die Zukunft mehr Sorge und Angst als Hoffnung. Angst vor dem Vernichtungspotential der militärischen Apparaturen. Sorgen um die Lebensgrundlagen in unserer Umwelt. Sorge um

das, was sich von Jahr zu Jahr dramatischer in der Dritten Welt abspielt. Aber doch wohl auch Angst vor dem Manipuliertwerden. Mißtrauen, weil es so oft an der Wahrhaftigkeit mangelt.

Eberhard Stammler hat darüber in den Evangelischen Kommentaren berichtet, auch über den Zusammenhang von Hoffnungslosigkeit und Rauschgiftwelle. Niemand sollte diese Unruhe mit ein paar billigen Floskeln abtun, ob sie sich nun in Rebellion oder – schlimmer noch – in Resignation äußert. Denn eines läßt sich nicht bestreiten: Die Zeit, wo man sich Zukunft als einfache Verlängerung der Entwicklungslinien der Vergangenheit vorstellen konnte, geht zu Ende. Die Fortschreibung der Gegenwart ergibt noch keine Zukunft.

Dazu bedarf es der Korrekturen, der Reformen. Und es bedarf neuer Anstrengungen. Ich habe den Eindruck, daß dabei den Kirchen eine wichtige Funktion zuwächst. Wo Kurskorrekturen nötig werden nicht aus ideologischer Voreingenommenheit, nicht aus dem Suchen nach einer heilen Welt, sondern aus der Sorge um den Menschen, kann die Stimme der Kirchen nicht nur warnen, sondern auch weiterhelfen. Wo es zum ersten Mal in der Geschichte um so etwas wie die bewußte – gute oder miserable – „Fortschreibung der Schöpfung“ geht, hat die Kirche eine Chance, in die Zukunft zu weisen.

Wo die materiellen Bedürfnisse an Gewicht verlieren gegenüber dem Suchen nach Gerechtigkeit, Teilnahme, Hoffnung – und wohl auch Liebe –, sind die Kirchen neu gefordert. Auch wenn für sie dasselbe gelten sollte wie für andere: daß die Fortschreibung der Linien aus der Vergangenheit noch keine Zukunft ergibt. In einer Gesellschaft der organisierten Interessen könnten sich die Kirchen vor allem zum Anwalt derer machen, deren Belange nicht organisierbar sind und nur unzulänglich artikuliert werden.

Natürlich enthebt uns der Blick auf die Bedürfnisse der Menschen nicht der Arbeit mit dem Rechenstift. Rationale Wirtschafts- und Finanzpolitik ist eine unabdingbare Voraussetzung für Kurskorrekturen und Reformen. Aber Wirtschafts- und Finanzpolitik kann natürlich kein Selbstzweck sein. Sie muß sich in den Dienst gesellschaftspolitischer Ziele stellen. Meiner Meinung nach muß es um eine Gesellschaft gehen, die von der Frage ausgeht, wie die Menschen in ihr sich entfalten und verwirklichen können. Eine Gesellschaft, die nach der Qualität des Lebens fragt. Eine Gesellschaft, die danach ihre Anstrengungen und damit den gemeinschaftlichen Anteil am Sozialprodukt bemißt. Eine Gesellschaft, wo Politik für den Menschen nicht Phrase ist, sondern Programm.

Jede Politik hat ihren Preis. Und der Preis einer Politik für den Menschen wird ungleich höher sein als wir es uns auf Grund bisheriger Lebenserfahrungen vorgestellt haben.

Ich kann denen nicht zustimmen, die sich an Plänen für Steuererhöhungen berauschen, ohne dabei die konjunkturelle Lage, die wirtschaftliche Rentabilität,

die politischen Konstellationen und die psychologischen Faktoren genügend zu bedenken. Aber ich muß denen beipflichten, die uns mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die kollektive Komponente des Lebensstandards – oder der Lebensqualität – immer wichtiger wird. Und daß die öffentlichen Hände die von ihnen erwarteten Leistungen nicht erbringen können, wenn die Bürger dafür nicht genügend Mittel zur Verfügung stellen.

Es ist bekannt, daß meine Regierung der Stabilität in der gegenwärtigen Phase einen besonders hohen Rang einräumt. Davon ist nichts abzustreichen. Stabilität bedeutet in unserem Verständnis jedoch nicht Beharrung. Es handelt sich vielmehr darum – auch im Interesse der neuen Aufgaben –, ein möglichst stabiles Preisniveau zu erreichen, eine möglichst stabile Beschäftigungslage zu erhalten und gleichzeitig für gesellschaftliche Stabilität zu sorgen, die ohne ständige Erneuerung nicht mehr möglich sein wird.

Manche von Ihnen werden von dem Buch des Professors der Universität Yale, Charles Reich, gehört haben, das in den USA zum Bestseller geworden ist. Vieles von dem, womit wir uns beschäftigen, würde nach seinem anregenden Schema noch zu „Consciousness II“ gehören. Aber ich möchte nicht, daß unsere Antennen nicht aufnahmefähig blieben für das, was er „Consciousness III“ nennt. Es stellt sich ihm als eine gewaltlose Revolution dar, die in den Einzelmenschen und in der Kultur vor sich geht und die erst zum Schluß zu einer Änderung der politischen Strukturen führen wird. Er sieht diese Umwälzung dazu führen, daß die Menschen ein neues Verhältnis zu sich selbst, zu anderen, zur Gesellschaft, zur Natur finden werden.

Nun, die Erfahrung wird zeigen, inwieweit sich diese optimistische Annahme bestätigt. Ich mache immerhin die interessante Erfahrung, daß das Bemühen um Reformen nicht nur konservativer Ablehnung begegnet, sondern in erheblichem Maß auch der Kritik jener, denen es nicht rasch genug geht. Lassen Sie mich sagen, daß ich es nicht nur als eine Bürde betrachte, wenn viele mehr erwarten, als man geben kann. Dennoch wird der Maximalismus zu einer Gefahr, wenn er die Aufmerksamkeit und die Kräfte von dem ablenkt, was in einer konkreten Situation möglich ist.

Viele erkennen jedoch, daß eine zukunftsorientierte Politik nicht in den zufälligen Rahmen von Legislaturperioden gezwängt werden kann. Und daß es bewußtseinmäßiger Veränderungen und einer starken willensmäßigen Anstrengung bedarf, um die Ansätze der Reformpolitik nicht verkümmern zu lassen. Ich bin heute sicher, daß unser Volk bereit sein wird, den Preis zu entrichten, den eine Politik für den Menschen – nicht für privilegierte Gruppen oder anonyme Apparate – kostet. Aber es wird darüber noch viel gestritten werden. Es muß auch um die Inhalte immer wieder neu gerungen werden. Dies bleibt eine permanente Aufgabe. Ein einfacheres und billigeres Konzept habe ich nicht anzubieten.